

Abonnementspreise: In Nord. Pr. ... In Preussen ...

Dresdner Journal.

Verantwortlicher Redacteur: J. G. Hartmann.

Interimsmannschaft auswärts: Leipzig: Fr. Brandstetter, Commissionslohr ...

Nichtamtlicher Theil.

Uebersicht.

Telegraphische Nachrichten. Dresden: Dem I. Ost. Kammer-Verhandlungen. Berlin: Hofnachrichten. Verhandlungen in Auswärtigen Angelegenheiten.

Beilage.

Verhandlungen. (Schlußbericht über die Sitzung der Zweiten Kammer vom 13. Februar.)

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, Freitag, 14. Februar, Mittags. (W. Z. B.) Das Befinden des Grafen Bismarck hat sich gebessert, und derselbe kann voraussichtlich demnächst einer Einladung des Grafen Stolberg nach Wernigerode folgen.

Karlruhe, Donnerstag, 13. Februar, Nachmittags. (W. Z. B.) In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer machte der Ministerpräsident Jolly dem Hause Mittheilung von der Reorganisation des Ministeriums und erklärte dabei unter Anderem:

Ich kann mich ganz kurz und ganz bestimmt fassen, da unsere Politik nicht geändert, sondern, wie sie bisher war, weiter fortgeführt werden soll.

Wien, Donnerstag, 13. Februar, (Tel. d. B.) Die Reclamationen Preußens wegen der österreichischen Pässe an die hannoverschen Flüchtlinge wurden mit der Zusage einer strengen Untersuchung der eismaligen Unregelmäßigkeiten und einer strengen Wachsamkeit gegen jede weitere Wiederholung beantwortet.

Wien, Donnerstag, 13. Februar, Nachmittags. (W. Z. B.) Die „Österreichische Correspondenz“ hält an dem glaubwürdigen Mittheilungen trotz des bezüglichen Dements des „Journal de St. Petersbourg“ die Nachricht aufrecht, daß die preussische Regierung sich seiner Zeit den gemeinsamen Schritten

der übrigen europäischen Mächte in Belgrad angeschlossen habe.

Paris, Donnerstag, 13. Februar, Abends. (W. Z. B.) Die „Opinion“ erwähnt eines Gerüchts, wonach eine Cabinetsänderung in liberalen Sinne in Aussicht stünde.

Florenz, Donnerstag, 13. Februar, Nachmittags. (W. Z. B.) Gerüchtwiese verlautet, der König werde anlässlich der bevorstehenden Vermählung des Kronprinzen ein Manifest an das Volk richten.

Dem Kommen nach wird die Opposition in der Deputiertenkammer gegenläufig der Beratung über das Budget des Finanzministeriums eine Discussion über die allgemeine politische Lage herbeiführen lassen.

Aus Rom wird gemeldet, daß die Polizei gegenwärtig wieder strengere Vorschriften gegen ungebührliche Auftritte ergriffen hat.

Luzern, Donnerstag, 13. Februar, (W. Z. B.) Die Deputierten des Senats und der Deputiertenkammer haben heute Morgen der Herzogin von Genoa und der Prinzessin Margarethe Glückwünsche überreicht.

London, Donnerstag, 13. Februar, Nachmittags. (W. Z. B.) Aus Peru über New-York vom 2. d. eingegangenen Nachrichten zufolge hat die revolutionäre Partei sich des Landes vollständig bemächtigt.

Tagesgeschichte.

Dresden, 14. Februar. Am königlichen Hofe hat Wittmoos, den 12. Februar, der dritte diesjährige Hofball stattgefunden, welchem Ihre Majestäten der König und die Königin, Ihre königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin, sowie Se. königliche Hoheit der Prinz Georg, ingleichen Se. Durchlaucht der Fürst Reuß j. L. Heinrich XIV. bewohnten.

Dresden, 14. Februar. Der Erste Kammer hat heute zunächst den Bericht ihrer Finanzdeputation über Abtheilung A, I des Einnahmebudgets, Ausgaben des Staatsvermögens und der Staatsanwaltschaften betreffend (wovon wir umstehend ausführlich berichten), beraten und sämtliche Positionen in gleicher Höhe wie die Zweite Kammer angenommen.

Berlin, 13. Februar. Se. Majestät der König hatte gestern lange Unterredungen mit dem aus Hannover eingetretenen Oberpräsidenten Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode und dem Cultusminister v. Müller. Nachmittags hatten die Gesandten Russlands, Pollands und Schwedens, v. Uexküll, Graf Hylbrandt und Baron Sandströmer, welche ihre Creditiv als Repräsentanten beim Präsidium des Norddeutschen Bundes überreichten, die Ehre des Empfangs.

— Die „N. A. Z.“ schreibt: Wir waren am Sonnabend in der Lage, erklären zu können, daß die

Nachricht in der „Bank- und Handelszeitung“ von der Beschwerde einer süddeutschen Regierung über Preußens Stellung zu den dortigen Agitationen für die Wahlen zum Zollvereinparlament, ebenso wie die Nachricht von der darauf erhaltenen angeblichen Antwort des Bundeskanzlers erdichtet sei.

— (R. Z.) Im Abgeordnetenhaus wurde heute die Constitution der besondern Commissionen für die Reichslandverträge und das Hypothekengesetz für Revisionskommissionen mitgetheilt.

Dresden, 14. Februar. Am königlichen Hofe hat Wittmoos, den 12. Februar, der dritte diesjährige Hofball stattgefunden, welchem Ihre Majestäten der König und die Königin, Ihre königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin, sowie Se. königliche Hoheit der Prinz Georg, ingleichen Se. Durchlaucht der Fürst Reuß j. L. Heinrich XIV. bewohnten.

(11,500 Thlr.) und dem Militärbevollmächtigten in St. Petersburg (8000 Thlr.) abzulegen, wurde abgelehnt.

— (R. Z.) Die süddeutschen und belgischen Blättern telegraphirte Nachricht, das Ministerium des Innern sei von v. Forderbeck angeboten worden, wird in unterrichteten Kreisen schon deswegen bezweifelt, weil Graf v. Bismarck seit dem Hofballen von v. Forderbeck nicht gesprochen, dieser auch an hoher Stelle nicht empfangen wurde.

— Die „Volks-Zeitung“ schreibt: „In Bezug auf unsere Mittheilung, wonach dem Gigarrenarbeiter Frische von Seiten des Polizeipräsidenten bedroht worden sei, daß er sich binnen 24 Stunden über eine Arbeitsgelegenheit auszuweisen habe, worigenfalls man ihn von Berlin ausweisen werde, haben wir auf dem Polizeipräsidenten selbst Erkundigungen eingezogen, und ist uns dort die Versicherung geworden, daß allerdings eine amtliche Anfrage in Betreff seiner Substitutionsmittel an Herrn Frische gestellt worden, die Androhung einer Ausweisung aber nicht erfolgt sei, man sich zu einer solchen nach dem Bundesgesetz über die Freizügigkeit vom 1. November 1867 auch nicht mehr für berechtigt halte.“

Gotha, 11. Februar. (R. Z.) In der gestrigen Sitzung des gemeinschaftlichen Landtags stand zunächst auf der Tagesordnung der insolge der politischen Veränderungen notwendig gewordene neue Etat pro 1868/69, der es, nachdem die gemeinschaftlichen Einnahmen durchweg der Bundeskasse zugeflossen sind, lediglich mit Ausgaben zu thun hat.

Feuilleton.

Die architektonische Erweiterung der Großstädte.

Keine Luft, frisches Wasser, grüne Plätze — fährt Dr. Schaller bei Beschreibung der ersten Forderung der Gegenwart an die Bauthätigkeit betriebs naturgemäßer Entwurfung der Großstädte fort —, diese drei, das tägliche Brod des Landbewohners und Kleinbüdners, sie sind der wahre Kern der Großstädter. Dies beweisen die Sommerbauausstellungen in nahe Gartenetablissemens, die sonntäglichen Volkswanderungen „auf Land“ und vor Allem die stereotypen Erholungsreisen Wohlhabender während der sogenannten „sanftern Wurfzeit“ in ein Gebirgsland oder in ein Bad.

Der höherer Rangel an solchen sei die Folge der Nichterkenntnis des großen und tiefen Gegensatzes zwischen den Bedürfnissen des Geschäfts- und denen des Privatlebens. Weil jenes in centraler und centralisirender, d. h. mit Raum, Licht und Luft geizender, dieses in centrifugaler und decentralisirender, d. h.

Raum, Licht, Luft und Naturgenuss vor Allem bedürftiger Richtung sich äußert, so seien beide eben bis zu einem gewissen Grade nicht miteinander verträglich, und eben darum sei es falsch, die Schwerpunkte derselben räumlich identificiren oder doch möglichst zusammenrücken zu wollen.

Paris und London mit ihren größern heimathlichen Schloßhöfen seien daher auch längst davon zurückgekommen, die in das hohe Land hineinragenden Vorstadttheile nach dem Dünendünneprinzip des in die Höhebauens zu erhalten, sondern schufen dort Villen an Willen inmitten freundlicher Gärten für je eine Familie. Namentlich baute London, fern von der City, mit Vertheile der Familie ihre eigene Welt auf, aus Villen (Cottages) bestehend, und der wohlhabende Ge-

schäftsmanne gehe dort allmorgendlich „zur Stadt“ ins Conter, Bureau u., wohin ihn die Pflicht rufe, allabendlich aber befalligertem Fußes wieder hinaus aus eben dieser Stadt.

Jedoch das Bauen mehr in die Breite als in die Höhe und Tiefe, verbunden mit künstlerisch und landschaftlich anmuthiger Gestalt, diese erste und principielle wichtigste Forderung an die Gegenwart, betreffe nur die Form der Bauthätigkeit großer Städte. Eine zweite trete hinzu und diese betreffe die Qualität des Bauens. Unsolidität der innern Ausführung und Unwahrheit der äußern Ausstattung kennzeichne die heutige Privatarchitektur.

Wolle heutzutage Jemand sich ein Wohnhaus hinsetzen, so sage er — nach einer scharfen kritischen Bemerkung eines unerwählbaren Wortführers für gesunde Nationalarchitektur, Dr. August Reichensperger — einem Häuserbauer die Zahl der Fiecen und der davon zu verwendenden Thaler. Darauf entwerfe dieser zuerst eine Facade, 3, 4, 5 oder mehr vieredrige Fensteröffnungen, zwei, drei oder viermal übereinander, immer höchst symmetrisch und gleich weit von einander in eine glatte Wand rechtwinklig eingeschnitten, die Thüre inmitten der untersten Fensterreihe, oben eine

aus Brettern zusammengeschaltete antikisirende Gesimscapie, und endlich einige Reihen von Dachfenstern und Feueröfen, gewissenhaft mit dem Ueberigen correspondirend, bei „Prachtbauten“ noch über der Dachfläche einen Balkon, an die kahle Wand ein Paar Gipschürkel und vor die Fenster wohl gar die nöthigen Luft und Aussicht raubenden mächtigen Säulen. Demnächst werden, um dieser grandios ausgestatteten Außenseite ein entsprechendes Inneres zu schaffen, mit dem Einzelne so viel Dierede — denn der Pfliester bezogte nach H. Brentano nur vieredrige Sachen und selbst diese, sagt Dr. R. hinzu, sind ihm oft noch zu rund — als Fiecen nothwendig sind, in die Stodwerke eingezichnet, Treppen, Oefen, so gut es eben gehen will, dazwischen geklemmt und, damit es nicht an erfrischendem Zugwind fehle, sorgfältig darauf Bedacht genommen, daß Thüren und Fenster auf entgegengesetzten Seiten genau correspondiren. Dies die Entstehung unsrer modern-eleganten Häuser, die eigentlich nur wie Häuserfütterale aussehcn und die gleichwohl ganze Straßenarcades und Stadtviertel füllen.

So wenig nun in jeder Beziehung die alte, namentlich mittelalterliche Bauweise, welche zum Schutz der Städte gegen das Kanbitterthum eine so zusammengebrängte, verwinkelte Lage sein mußte, so weithin sich Spiegel vorgehalten werden sollte, so weithin sich doch die Gediegenheit und Bauhaftigkeit jener von der Scheinarchitektur und Lügenornamentik dieser ab. Und doch, wenn nicht alle Reichen trügen, werde nach dem Urtheile eines andern gelehrten Architekten, die Zukunftsarchitektur von Deutschland ausgehen, von Deutschland, in dem der Sinn für Wesen des Lebens, für Familienglück noch wach sei, von Deutschland, dem dort des Protestantismus. (Schluß folgt.)

...wenn die Zeit verfliehet. Inzwischen dürfte eine ...

Hamburg, 12. Februar. In der heutigen Sitzung ...

München, 13. Februar. Se. Majestät der König ...

Stuttgart, 13. Februar. In der Kammer der ...

Karlsruhe, 12. Februar. Die „Karlsruher Zeitung“ ...

...über den Präsidenten Jolly ...

...wie wir hören, ist Dr. Emil Knechtke in Leipzig ...

...Gräulein Mary Krebs verweilt zur Zeit in Hamburg ...

...Ein Telegramm aus London meldete dieser Tage ...

...Ein Telegramm aus London meldete dieser Tage ...

phische Mittheilung in voriger Nummer dahin zu ...

...Die Erste Kammer genehmigte in ihrer heutigen ...

...Die Erste Kammer genehmigte in ihrer heutigen ...

...Wien, 12. Februar. Die „Pesther Corr.“ bringt ...

...Wien, 12. Februar. Die „Pesther Corr.“ bringt ...

...Wien, 12. Februar. Die „Pesther Corr.“ bringt ...

...Wien, 12. Februar. Die „Pesther Corr.“ bringt ...

...Wien, 12. Februar. Die „Pesther Corr.“ bringt ...

...Wien, 12. Februar. Die „Pesther Corr.“ bringt ...

...Wien, 12. Februar. Die „Pesther Corr.“ bringt ...

...habe leider aus sehr sicherer Quelle in Erfahrung ...

Paris, 12. Februar. Im gestrigen Abend ...

Brüssel, 13. Februar. (Fr. J.) Die Zeitungen ...

...Brüssel, 13. Februar. (Fr. J.) Die Zeitungen ...

...Brüssel, 13. Februar. (Fr. J.) Die Zeitungen ...

...Brüssel, 13. Februar. (Fr. J.) Die Zeitungen ...

...Brüssel, 13. Februar. (Fr. J.) Die Zeitungen ...

...Brüssel, 13. Februar. (Fr. J.) Die Zeitungen ...

...Brüssel, 13. Februar. (Fr. J.) Die Zeitungen ...

...Brüssel, 13. Februar. (Fr. J.) Die Zeitungen ...

...Mittheilung A, I des Einnahmedubios, Staatsin- ...

...Eine allgemeine Debatte fand nicht statt. Bei ...

...Eine allgemeine Debatte fand nicht statt. Bei ...

...Eine allgemeine Debatte fand nicht statt. Bei ...

...Eine allgemeine Debatte fand nicht statt. Bei ...

...Eine allgemeine Debatte fand nicht statt. Bei ...

...Eine allgemeine Debatte fand nicht statt. Bei ...

...Eine allgemeine Debatte fand nicht statt. Bei ...

...Eine allgemeine Debatte fand nicht statt. Bei ...

...Eine allgemeine Debatte fand nicht statt. Bei ...

Sandtagoverhandlungen.

Erste Kammer.

Sitzung vom 14. Februar.

Beginn der Sitzung Vormittag 11 Uhr in An- ...

Zweite Kammer.

Sitzung vom 14. Februar.

Beginn der Sitzung Vormittag 10 Uhr in Gegen- ...

Landtagsverhandlungen.

Zweite Kammer.

Sitzung vom 13. Februar.
(Schluß aus Nr. 37.)

Tagesordnung: Bericht der zweiten Deputation über Abtheilung L des Ausgabebudgets, den Bauetat betreffend. (Hr. Abg. Seiler.)

Nr. 4. Zur Chausseeunterhaltung würden verlangt für 339 Meilen, 1 Meile 1542 Thlr., 523,509 Thlr., in runder Summe 523,000 Thlr. Für letzte Finanzperiode nur 1380 Thlr. pro Meile. Die Erhöhung werde von der Staatsregierung mit der fortwährenden Massenschüttung auf sehr befahrenen Chausseen, mit den gesteigerten Arbeitslöhnen und Materialpreisen, sowie der nöthig gewordenen Aufbesserung des Straßennetzes personell gerechtfertigt. Obgleich die Deputation diese Motiven für eine Erhöhung des Unterhaltungsaufwandes im Allgemeinen anerkennen müsse, so verwarf sie doch bei der Ansicht, daß Ersparnisse zu machen, daß an den Straßen aber auch noch so manche nicht unbedingt nöthige Arbeiten zu bemerken seien, u. d. auf wenig befahrenen Straßen das öftere Abkappen des Grases. Ferner sei angeführt worden, daß der Aufwand durch Befestigung der Straßen mit Dämmen von geringer Lebensdauer offenbar vermehrt würde, und anzufragen sei, daß an Stellen, wo Dämme nicht wüchsen, Kautschuker, welche für das bezüglich Klima passen, benutzt würden. Nach Alledem habe die Deputation sich nicht bestimmt fühlen können, das erhöhte Postulat zur Bewilligung zu empfehlen, sondern rathe der Kammer an: pro Meile 1400 Thlr. im Gesamtbetrage von 473,300 Thlr. oder rund 475,000 Thlr. zu bewilligen, dabei jedoch zu beantragen:

- 1) die königliche Staatsregierung möge an den Staatsbahnen möglichst viele Stationen für Local- und Wägenzüge einrichten, bei Privatbahnen gleiche Einrichtungen veranlassen und möglichst directe Jagungswegen zu diesen von den Landstraßen aus herzustellen sich angelegen sein lassen;
 - 2) die königliche Staatsregierung möge fortgesetzt beachtet sein, diejenigen Chausseen, welche nicht mehr eine entsprechende Benutzung zeigen, in eine niedere Unterhaltungsstufe zu setzen; diejenigen Straßen, welche durch Eisenbahn-, Chaussee- oder Gassenverbindungen den Verkehr und Charakter von Landstraßen verlieren, ganz abzugeben und den Anwohnern zur Benutzung resp. Unterhaltung zu überlassen;
 - 3) die königliche Staatsregierung möge hinhin Bemerkungen treffen, daß schon im vorberühenden Bericht die Vorschläge für alle im nächsten Jahre vorzunehmenden Straßennovationen, sowie Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten fertig vorliegen, so daß den Winter über die Anfuhr der Materialien beschafft und die Zeit des möglichen Lagerens zu dem Arbeiten selbst benutzt werden kann.
- Bei dieser Position sei noch einer Anzahl Petitionen zu gedenken, welche vom dem Directorium des landwirthschaftlichen Kreisvereins im Erzgebirge überreicht worden seien. Diese beantragten: die Landesversammlung möge bei der hohen Staatsregierung beantragen, daß dieselbe die gänzliche Abschaffung der Erhebung von Chaussee- und Brandgeld in Erwägung ziehe, und wenn aus finanziellen Rücksichten das zur Zeit nicht zu erreichen sei, wenigstens anordnen, daß die Chausseen Wabst nicht mehr durch Schlagbäume gebahrt werden.

Die Deputation bemerkt hierzu, daß das Chaussee- und Brandgeld im Einnahmebudget mit 248,000 Thlr. und, wenn man den Aufwand für Erhaltung und Bau der Einnahmegebäude unter Nr. 7 dieser Position in Abzug bringe, mit 238,000 Thlr. veranschlagt sei, das sei ein Fünftheil des Gewerbe-, Personal- und Rentensteuertretrags, eine Summe, welche so leicht ohne Weiteres in Wegfall zu bringen und dafür höhere Steuern auszusprechen für jetzt wohl nicht an der Zeit sein oder auch nur in bestimmte Aussicht genommen werden möchte. Ein Theil der Deputationen sei der Ansicht, daß der eventuelle Wegfall dieser Abgabe nicht ganz aus dem Auge zu verlieren sei; ein anderer Theil halte indirecte Abgaben (zu denen das Chaussee- und Brandgeld zu rechnen), da diese meist weniger drückend erschienen, als directe Steuern, für so werthvoll, daß man dergleichen nicht aufgeben, nur möglichst in der Erhebungsweise zu vervollkommen und für das Volk erträglicher zu machen suchen sollte; für das Chaussee- und Brandgeld im Besonderen werde sofort wieder vom Staate etwas geboten, was von denen vorzüglich hochgeschätzt werde, welche das Geld nicht hätten, eine gute Straçe zu besitzen, und daß es jedenfalls gerecht erscheine, wenn die, welchen früher die Verpflichtung oblag, die ganze Wegekosten allein zu tragen und die dabei doch vielfach noch ein schlechtes Fortkommen gehabt hätten, nachdem ihnen die Gemeinlichkeit, der Staat, eine Straçe gebaut, mindestens die Hälfte (welche der Reinertrag des Chaussee- und Brandgeldes etwa repräsentire) zu den Erhaltungskosten beizutragen hätten. Die Fragen, ob die Chaussee- und Brandgeldentnahmen richtiger zu vertheilen sein möchten und ob nicht die Chaussee- und Brandgeldentnahmen und praktischer zu ordnen und für den Nutzen der Staatskasse und Erleichterung des Publikums die ganze Erhebungsweise zu reformiren seien, seien von der Majorität der Deputation bejaht worden. Von dem Referenten seien in dieser Richtung folgende Vorschläge in Erwägung gegeben worden:

- a) das Chaussee- und Brandgeld wird auf folgende Erhebungsart und Weise:
- b) Bei jedem Passiren eines Chaussee- und Brandgeldes hin und zurück in gleicher Höhe zu zahlen, aber anstatt der Tagesbillets auf Eisenbahnen, werden zugleich für Hin- und Rückfahrt gültige Tagesbillets zu ermäßigtem Preise, z. B. 1/3 Pf. Spannmittel, 1/2 Pf. Rinder, abgegeben, welche man sofort bei der Einfahrt für die Rückfahrt coaptiren lassen kann.
- c) die Chaussee- und Brandgeldentnahmen in jeder Einnahme im Voraus in unbeschränkter Zahl und für jede Einnahme gültig gemacht werden.
- d) Die Schlagbäume werden nicht geschaffen, basiren aber das Defraudiren mit einschlichen Strafen belegt.

Die Commissare hätten erklärt, daß die für Verbesserung der Chaussee- und Brandgeldentnahme zur Sprache ge-

brachten Vorschläge wohl Anspredendes hätten, aber in der Ausführung mannichfache Schwierigkeiten haben würden, so daß schließlich für den Verkehr wenig gewonnen, der Ausfall in der Einnahme aber ansehnlich werden möchte, besonders durch Offenlassen der Schlagbäume bei Nacht. Versuchsweise Einrichtungen bei einzelnen Einnahmen erschienen unthunlich, für den nächsten Landtag glaubten sie die Vorlage eines neuen Chaussee- und Brandgeldgesetzes, das eine solche beantragt werden sollte, in Aussicht stellen zu können. Die richtige Vertheilung der Einnahmen habe das Ministerium immer schon im Auge gehabt. Nach längerer Debatte habe nun die Majorität der Deputation (Vizepräsident Dehmichen, die Abgg. Dr. Hertel, Müller, Seidel u. Heinrich) folgende Anträge der Kammer empfohlen:

- 1) Die I. Staatsregierung möge in Erwägung ziehen, auf welche Weise das Chaussee- und Brandgeld für Postkassen und Staatskasse vertheilt werden soll, und dem nächsten Landtage darüber weitere Mittheilung anzugeben lassen;
- 2) die Einnahmehäuser möglichen weitestgehend und gleichmäßig vertheilt und darauf bedacht sein, das dieselben in die für Postkassen und Staatskasse passende Lage kommen, so weit dies ohne unüberwältigbaren Kostenanwands möglich ist;
- 3) in ihrer Gesamtheit aber empfehle die Deputation der Kammer nachfolgende Anträge:
- 4) die Einnahmen der landwirthschaftlichen Vereine aus dem Erzgebirge an die I. Staatsregierung zur Kenntnissnahme gelangen lassen.

Die Minorität (Hr. Uhlmann) empfehle folgenden Antrag:

Die hohe Staatsregierung wolle die Aufhebung des Chaussee- und Brandgeldes im Auge behalten, dieselbe einleiten, sobald es die finanzielle Lage des Staates gestatte, und darüber dem nächsten Landtage Mittheilung anzugeben lassen; sie siche jedoch, da die Zeit des zum Zusammentritte des nächsten Landtags eine längere als die gewöhnliche ist, von Stellung obigen Antrags ab und beabsichtige sich einstweilen darauf, der geehrten Kammer anzufragen:

die Anträge sub 1 und 2 der Majorität abzulehnen.

Referent sagt nach Vorlesen des Berichts bei, daß es keineswegs in der Absicht der Deputation gelegen habe, einen Tadel gegen die Regierung auszusprechen.

Hr. v. Salza ist der Ueberzeugung, daß eine Aufhebung der Chaussee- und Brandgeldentnahme theoretisch richtig sein möge, aber eine Aufhebung, ohne zu wissen, wie man den Ausfall decken könne, halte er für sehr unpraktisch. Dagegen sei er der Ansicht, daß Sicherheits- und Bequemlichkeitsrückichten mehr Rechnung getragen werden müsse, u. d. durch Anlassen der Schlagbäume während der Nacht. Die Belegung von Defraudationen mit ansehnlichen Strafen halte er doch für bedenklich. Daß die Vorschläge des Referenten an die Regierung zur Erwägung abgegeben würden, könne er nicht befürworten. Wegen die Vorschläge sub b und c sei er ganz entschieden. Die Idee der ermäßigten Tagesbillets erscheine ihm nicht als eine glückliche, da sie der Defraudation Thor und Thür öffne. Man möge daher die Anträge des Referenten der Regierung nicht zur Erwägung übergeben. Im Uebrigen beantragt derselbe:

Ablehnung der von der Deputation vorgeschlagenen Kürzung, und unverfügte Bewilligung der Position in Höhe von 1542 Thlr. pro Meile. (Wird zahlreich unterstützt.)

Referent berichtet zunächst, daß seine Ideen der Regierung gar nicht zur Erwägung übergeben werden sollten. Er wünsche nur, daß dieselben überhaupt in Erwägung gezogen würden.

Hr. Knechtel dankt der Deputation, obgleich er gewünscht hätte, daß auch bezüglich der Anträge sub 1 und 2, die Chaussee- und Brandgeldentnahme betreffend, eine Einigung zwischen Majorität und Minorität erzielt worden wäre.

Hr. v. Schimpff: Principielle Bedenken habe die Regierung nicht gegen das Offenlassen der Schlagbäume zur Nachtzeit; sie fürchte nur den damit verbundenen finanziellen Ausfall, dessen Höhe sich zwar nicht mit Bestimmtheit angeben lasse, aber ungefahr ein Fünftheil der gesamten Einnahme aus dem Chaussee- und Brandgeld, also ca. 40,000—50,000 Thlr. betragen könne. Ob es daher zweckmäßig sein dürfte, bei der gegenwärtigen Finanzlage diese Maßregel einzuführen, lasse er dahin gestellt sein. Kammer aber ein dahin gehender gemeinschaftlicher Antrag beider Kammern an die Regierung, daß diese Einrichtung veruchsweise eingeführt werden möge, so werde sie demselben gern entsprechen. Allein auch ein Versuch, der doch mindestens ein Jahr dauern werde, könne zu einem Ausfalle von ca. 40,000 Thlr. führen. Was endlich die Deputationsanträge bei der Position anlangt, so bemerke er rüchrichtlich der beantragten Streichung, daß die Summe von 1542 Thlr. erfahrungsmäßig der Erhaltungssatz auch bei der größten Sparamkeit sei. Wollte man weniger verwenden, so würde dies der Zustand der Chausseen entgegenstehen müssen. — Der Antrag sub 1 entspreche an sich den Absichten der Regierung, obgleich er in der Ausführung bei den Privatbahnen seine großen Schwierigkeiten habe. Die Anträge sub 2 und 3 seien dagegen bereits bestehenden Einrichtungen entsprechend.

Vizepräsident Dehmichen: Dem Antrage auf Wegfall der Chaussee- und Brandgeldentnahme sei ich lediglich mit Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse nicht angeschlossen, und so kann weil den Gewerbetreibenden durch den Wegfall der Chaussee- und Brandgeldentnahme eine Erleichterung der Landwirthschaft erbliden würde. Bei der Chausseeunterhaltung wolle die Deputation 142 Thlr. für jede Meile abmindern, dies betrage etwa 15 Agr. täglich und er halte diese Ersparung wohl für möglich. Redner führte speciell aus, wie sich 15 Agr. täglich ersparen ließen.

Hr. v. Schimpff: Er habe dasjenige, was er über den Antrag unter 3 gesagt, nur auf Reparatur- und Unterhaltungskosten bezogen.

Hr. Wehnert: Wenn der erzgebirgische Kreisverein seinen Antrag auf Wegfall des Chaussee- und Brandgeldes wiederholt habe, so sei dies durch einen Unglücksfall infolge des Niederlassens des Schlagbaumes im vorigen Jahre veranlaßt worden. Wenigstens sei es wünschens-

wert, daß die Chausseen Nachts nicht mehr durch Schlagbäume gesperrt würden. Die Abgabe des Chaussegeldes sei jetzt eine ungleiche und es handle sich hierbei nicht bloß um die Landwirtschaft, sondern um die gesammte Bevölkerung. Er fürchte die Schwierigkeiten nicht, die man gegen den Wegfall ausgedrückt. Abg. v. Kossig erklärte sich für den Antrag des Abg. v. Salza, weil man, um etwas zu erhalten, die Kosten nicht sparen dürfe. Was die veranschlagte Offenlassung der Schlagbäume anlangt, so könne er sich demselben nur theilweise anschließen. Um gut und bequem fahren zu können, gebe er für die Weite 2/4 Rgr., dies sei eine ganz rationelle Abgabe. Ein Schlagbaum, der bei Tage und Nacht offen stehe, nütze gar nichts. Er beantrage:

Die königliche Staatsregierung möge die Weisung der Schlagbäume anzuordnen und dieselben durch eine an jeder Haltestelle während der Nacht über die Straße hinausgehende Laternen ersetzen lassen.

(Der Antrag wurde ausreichend unterstützt.)
Der Referent: Er habe den Antrag unterstützt; er könne nicht glauben, daß die Defraudationen sich auf 40,000 Thlr. jährlich belaufen würden. Abg. v. Salza habe wohl zu viel behauptet, daß bei der Unterhaltung der Chausseen nichts erspart werden könne. Geh. Rath v. Schimpff machte darauf aufmerksam, daß das Offenlassen der Schlagbäume im Winter auf die Zeit von Nachmittag 4 bis früh 8 Uhr sich erstrecken würde, und daß während dieser Zeit doch ein reger Verkehr stattfände.

Abg. v. Schönberg: An vielen Chausseen bestände bei den Oberverpächtern der Uebelstand, daß der Chaussewärter den Pacht für eine geringe Summe erhalte. Um die Einnahmen hieraus zu erhöhen, beantrage er: Um die Einnahmen aus den an den Chausseen befindlichen Wohnhäusern zu erhöhen, beantrage die Kammer, daß künftig bei den Oberverpächtern keine Verweigerung der Chaussewärtner mehr stattfinden möge.

(Dieser Antrag wurde ausreichend unterstützt.)

Abg. v. Salza trat den Ausführungen des Vicepräsidenten Lehmann und des Referenten entgegen.

Abg. v. Könnert: Er habe den v. Salza'schen Antrag unterstützt, weil er der Ansicht sei, daß die Chausseen unter 1/42 Thlr. pro Meile in gutem Zustande nicht zu unterhalten seien und letzteres von der Kammer doch gewiß gewünscht werde. Bezüglich des Schönberg'schen Antrags bemerke er, daß wenigstens in seinem Bezirke das Obd. schon jetzt öffentlich verpachtet werde. Was die Aufhebung des Chaussegeldes anlangt, so sehe er auf dem Standpunkte der Minorität, da die Erhebungskosten auf 28 Procent sich beläßen. Die Aufhebung des Chaussegeldes würde nicht bloß der Landwirtschaft, sondern namentlich auch der Industrie, z. B. in seinem Bezirke, zu Gute kommen.

Abg. Baumann hielt den v. Kossig'schen Antrag für sehr zweckmäßig.
Abg. v. Kossig: Die Erhebungskosten müßte man niedriger veranschlagen, wenn man erwäge, daß die Einnahmeverluste wieder pensionsberechtigter Staatsdiener erzielten.

Geh. Rath v. Schimpff: Die Oberverpachtung erfolge öffentlich an den Meistbietenden, nur wenn kein Pächter sich fände, bleibe nichts übrig, als dem Chaussewärter das Obd. in Pacht zu geben.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. v. Salza sprach Abg. Rehner den Wunsch aus, daß die noch

vorhandenen Pappeln an den Chausseen durch Obstbäume ersetzt werden möchten.

Der Referent der Minorität: Nach seinem Vorschlage bleibe es beim Alten, und nur wenn sich die finanziellen Verhältnisse besserten, solle an die Aufhebung des Chaussegeldes geschritten werden.

Nach dem Schlußworte des Referenten der Majorität, worin er davor warnte, eine Abgabe in Wegfall zu bringen, für die man keinen Ersatz habe, stimmten für den v. Salza'schen Antrag 29 und 29 dagegen, weshalb morgen anderweit darüber abgestimmt werden wird. Die Deputationsanträge unter 1, 2 u. 3 wurden einstimmig, der Antrag der Deputationsmajorität unter 1 gegen 7 Stimmen angenommen, dagegen der Antrag unter 2 mit 36 Stimmen abgelehnt. Der v. Kossig'sche Antrag wurde gegen 5 Stimmen und der Antrag sub 4 einstimmig, der v. Schönberg'sche Antrag gegen 16 Stimmen angenommen.

Nr. 5b, 33,000 Thlr. für Schutzauswärtigen, wird ohne Debatte einstimmig bewilligt. Ebenso Nr. 6, für Prudenbau, 20,000 Thlr. normalmäßig und 15,000 transitorisch, wobei man beschließt, eine Petition der Gemeinde Leisnig u. s. w., die Erbauung einer Brücke über die Mulde bei Klosterbuch betreffend, an die Regierung zur Kenntnismahme abzugeben. Abg. Otto befürwortet in längerer Rede Berücksichtigung dieser Petition.

Nr. 7, 10,000 Thlr. zum Bau und Unterhaltung von Einnahmegebäuden, und Nr. 8, 1000 Thlr. zur Unterhaltung der Straßen werden auf Vorschlag der Deputation einstimmig unverändert angenommen. Bei Nr. 9 werden 60,000 pro Jahr (also im Ganzen 120,000 Thlr.) postuliert zur Entschädigung an Stadtgemeinden für die Uebernahme zur Unterhaltung von innerhalb der Städte gelegenen fischalischen Pflaster- und Straßenstrecken. Die Kammer tritt folgendem Antrage der Deputation einstimmig bei:

Die I. Staatsregierung zu ernsthafte, zur Entschädigung an Stadtgemeinden für Uebernahme zur Unterhaltung von innerhalb der Städte gelegenen fischalischen Pflaster- und Straßenstrecken bis zum Betrage von 120,000 Thlr. aus den Mitteln der Staatsschatz zu verwenden zu bringen und darüber nächstem Landtage (soziale Notwendigkeit) vorzulegen.

Dresdner Nachrichten

vom 14. Februar.

R. — Eingang der vorgestrigen öffentlichen Sitzung des Stadtverordnetencollegiums verlas der Vorsitzende ein vom Ministerium des königlichen Hauses eingegangenes Schreiben, in welchem Sr. Majestät der König den beiden städtischen Collegien Allerhöchsteinen Dank für die bei Gelegenheit der Verlobung Sr. königl. Hoheit des Kronprinzen von Italien mit Ihrer königl. Hoheit der Prinzessin Margarethe von Savoyen Ihm überreichte Beglückwünschungsadresse ausdrücken läßt. — In einem Communicat erklärt sich der Stadtrat mit dem vom diesseitigen Collegium in Bezug auf die Katholikenschule gefassten Beschlüssen, soweit er sie als verlässig anzusehen hat, in der Hauptsache einverstanden, nur verlangt er für den neu anzustellenden Recter ein Gehalt von 1200 Thlr. statt 1000 Thlr. — Demnächst gelangt ein vom Stadtrat beschickter ausgearbeiteter, als Manuscript gedruckter Vortrag zur Vertheilung: „über die Rechtsverhältnisse zwischen dem Händelbank und dem Almsenfazien der Kreuzkirche, sowie die rechtlichen Verhältnisse des letzteren und des Gottesdienstes der Kreuzkirche,“ und wird

diese Angelegenheit der Verfassungsdeputation zur Vorprüfung überwiesen. Nach Vortrag der Negistrande referirt Vorkämpfer Hofrath Adernann für das Directorium über ein Gesuch des Stadtverordnetensecretärs Wächter um eine Gehaltserhöhung und wird demselben eine persönliche Zulage ab 1. Januar 1868 von 150 Thlr. bewilligt und sein Gehalt auf 850 Thlr. fixirt, ingleichen wird dem Expedienten Ludolph eine Erhöhung seines Dienstverdienstes von monatlich 6 auf 8 Thlr. gewährt und für beide Bewilligungen die Zustimmung des Stadtraths einzuholen, sowie zu beantragen beschließen, das Dispositionsquantum zur Befreiung der Kanzleibedürfnisse des Collegiums von 2000 Thlr. auf 2500 Thlr. zu erhöhen. — Zur Tagesordnung übergehend, wird zunächst die Kaufsurkunde (Referent Dr. Schaffrath) über das ehemalige Warsche Grundstück in Vorstadt Neuborf für die achte Bezirksschule genehmigt und mit vollzogen; sodann bei den zu ständigen Lehrern designirten Hilfslehrern Junghans und Schmidt von Veranstaltung einer Probe abgesehen und gegen Lehre, Leben und Wandel derselben etwas nicht eingemeldet; außerdem wird der vom Stadtrat vorgeschlagene vergleichsweise Verkauf der an der Gerbergasse gelegenen Kommunparcalle Nr. 2083b an den Darmfabrikanten Ebert für 300 Thlr. nach beinahe einstündiger Debatte, dem Gutachten der Deputationsmajorität entsprechend, mit 48 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Nächster Gegenstand ist die fortgesetzte Beratung über die Bezugsbahn- und Kirchhofsanträge, welche die vom Stadte. Abg. Gruner deshalb eingebrachten Anträge. Die Verfassungsdeputation (Referent: Abg. Krippendorff) hält die Gruner'schen Anträge, welche die Ausarbeitung einer neuen Bezugsbahnordnung unter Angabe der dabei zu beobachtenden Gesichtspunkte und eine Vorlage darüber an Collegium bedeuten, nicht für annehmbar und kleidet bei ihrem Votum stehen. Im Principe sei die Deputation mit dem Antragsteller einig, da beide auf Besserung der gegenwärtigen Zustände abzielen, nicht aber in Bezug auf die anzuwendenden Mittel. Das Collegium beschließt zunächst ohne Debatte nach dem Deputationsvorschlage die Vertheilung der neuen Ordnung und der Preistarife auszufragen, auch das Gesuch der Katholikenträger vom 5. September 1867 um Erhöhung der Almsenlöhne zur Zeit auf sich bewenden zu lassen. Eine um so lebhaftere Discussion veranlaßt der nächste Punkt über das von der Deputation befürwortete Gesuch an den Stadtrat, geeigneten Persönlichkeiten die Concession zur Beförderung des Leichentransports zu erteilen, wozu Professor Wigard einen Antrag auf Freigebung der Beförderung des Leichentransports und ähnlich dem Gruner'schen Antrage auf Wegfall der Bezugsbahnen gestellt hatte. Ein Theil der Redner will es beim jetzigen, weil zweckmäßigsten Verfahren, beim Transport durch den städtischen Warfall belassen. Das Deputationsgutachten wird mit 27 gegen 17 Stimmen, der Antrag Wigard's mit 29 gegen 15 Stimmen abgelehnt, dagegen der Gruner'sche mit 29 gegen 15 Stimmen angenommen. Abg. Gruner will nämlich nur eine einzige einfache, möglichst billige, jedoch anständige Art des Begräbnisses feststellen, dabei das Armenbegräbnis beibehalten wissen, im Uebrigen es ins Ermessen der Hinterlassenen stellen, sich noch einzelne Attribute beim Begräbnis gegen besondere Bezahlung

zu verschaffen. Auf Antrag Wigard's wird wegen der späten Stunde die Debatte über diesen Gegenstand abgebrochen, und auf einen weitem Antrag Bed's die zu diesem Entwurfe anderweit vorliegenden Anträge in Druck zu legen beschlossen. — Abg. Hänel erwidert noch Vortrag über den Beschluß des Stadtraths auf den diesseitigen Antrag wegen Verlasses einer Petition für Abänderung resp. Wegfall des sogenannten Religionsseides, und tritt das Collegium dem stadttrathlichen Votum bei, an die Staatsregierung das Gesuch zu richten, die Frage über eine dringend wünschenswerthe Abänderung des Religionsseides für Religionslehrer (für andere Hochlehrer ist er überhaupt nach einer neuern Verwertung aufgehoben worden) den geordneten Behörden zur Ermüdung anheim zu geben. Die Sitzung ist 4 1/2 Uhr Abends beendigt.

Eingesandtes.

Das so beliebte Biers Bier erwidert sich der Freunde und Liebhaber immer mehr und dies mit vollem Rechte, denn es ist ein von namhaften ärztlichen Autoritäten nicht nur Gefunden, sondern auch Schwachen und Kranken anempfohlenes nahrhaftes Getränk, das sich von den meisten andern Bieren vortheilhaft unterscheidet. Es erzeugt nicht Kopfschmerzen oder andere Beschwerden, sondern curirt den Magen, macht Appetit zum Essen und befördert die Verdauung, fast das gerade Gegentheil von manchen andern Getränken. Es ist wirklich ein Remedium und hat dabei noch den Vortheil der Billigkeit im Vergleich zu ähnlichen Erzeugnissen, welche zu theuersten Preisen unter fremden Titeln angepriesen und verkauft werden. Bestellungen auf halbe und ganze Duzend Flaschen (4 Duzend 1 Thlr.) werden angenommen im Gewölbe des Herrn Koch, Altmarkt 10, und frei ins Haus geliefert. Dr. Dittmar, Dresden, Grünstraße 8.

Statistik und Volkswirtschaft.

— Dresden. In der am 11. d. abgehaltenen Sitzung des Gewerbevereins theilte zunächst der Vorsitzende, Herr Kaufmann Walter, den Bescheid der an die hohe Staatsregierung gerichteten Petition (die Beschäftigtenverhältnisse) mit. Sodann wird berichtet, daß laut Beschlusses der letzten Hauptversammlung von einem hiesigen Bädermeister (Hrn. Seidel) der Bericht angefertigt worden ist, nach dem die hiesigen Bäder noch nicht betriebsfähig sind. Der Bericht ist zwar noch nicht betriebsfähig, weil die Bäder noch nicht reparirt sind, auf genaue Weise ein genaues, nachträgliches und billiges Preis stellen unter Vorweisung vieler selbstgeleiteter Zeichnungen eine Reihe durch einen Theil Sachverständigen und Händlern, und zum Schluss ein Panorama von Riga zur Ansicht ausstellen. Umlich gab Hr. Kaufmann Walter interessante Notizen über englische finanzielle Verhältnisse. Nach diesen, auf den Salomendatungen des Statistikers Leon Lewy beruhenden Mittheilungen, die einen deutlichen Bild in den großen Reichthum der Nation und die grenzenlose Kräfte der modernen Welt offenbaren, betragt das Nationalprodukt von England 1290 Millionen Thaler, wozu 300 Millionen auf Konsumatoren kommen. Von 20 Millionen Engländern England bezogen 28,000 Thaler mehr als den dritten Theil des gesamten Einkommens. 8000 Personen haben jährlich ein Einkommen von durchschnittlich 112,000 Thlr., 47,000 Personen 12,500 Thlr., 173,000 Personen 3000 Thlr., 908,000 Personen 900 Thlr., 1,830,000 Personen 400 Thlr., 10,902,000 Personen 200 Thlr., Die nun noch fehlenden 13,721,000 Personen (zu denen freilich auch Kinder u. s. w. gehören) haben nur ein Gesamteinkommen von 2,747,000 Thlr.

Druck von H. G. Lehner in Dresden.

Verantwortlicher Redacteur: J. G. Fortmann.